

Antrag 3/I/2021

SPD-UB Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

1 Die SPD steht für eine lange Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung der Rechte und der Mitbe-
2 stimmung der Arbeiter*innen und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für uns daher ein elementa-
3 rer und unverhandelbarer Bestandteil unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in dieser
4 Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes haben wir gemeinsam
5 viele Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen
6 daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren,
7 dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterentwickelt
8 und damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeit-
9 nehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokra-
10 tische Antworten braucht. Einige dieser konkreten Herausforderungen und die aus ihnen erwachsenden
11 Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

12 **Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt:**

13 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad
14 von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Ge-
15 werkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht
16 zwischen den Tarifparteien und hüllt die Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche
17 Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu se-
18 hen sind, die den Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken
19 setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine
20 falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung
21 und den Mut zur Veränderung.

22 **Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen – Schluss mit der Teilzeitfalle:**

23 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung. Viele
24 Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen, dass sie sich
25 zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen orientieren.

26 Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeitfalle.
27 Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das kann nicht
28 sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

29 Wir fordern:

- 30 • ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer vereinbarten au-
31 tomatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.
- 32 • einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr von Teil-in
33 Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

34 **Nur Ausbeutung gehört befristet – Schluss mit der willkürlichen Befristung:**

35 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine mittel- oder
36 langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört überwunden!

37 Deshalb fordern wir:

- 38 • die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.
- 39 • der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen Mechanis-
40 mus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.
- 41 • eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsverhältnissen
42 um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

43 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung – Schluss mit der Ungleichbehandlung von Leiharbei-**
44 **ter*innen:**

45 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die jeweiligen
46 Stammebelegschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2. Klasse behandelt. Das
47 muss aufhören!

48 Wir fordern:

- 49 • die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammebelegschaft - so-
50 wohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.
- 51 • zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

52 **Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen:**

53 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und den sozialen Si-
54 cherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unterbunden werden. Damit sorgen
55 wir zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in
56 den Bereichen, in denen Scheinselbstständigkeit heute noch weit verbreitet ist.

57 Wir fordern also:

- 58 • Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzugehen.

59 **App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten Arbeitswelt:**

60 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden, aber es stecken
61 in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben und auszuhebeln. So werden
62 in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch durch Freizeit ausgeglichen oder finanziell
63 vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und
64 notwendigen flächendeckenden Mindestlohns dar.

65 Wir fordern:

- 66 • einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Arbeitswelt ih-
67 re Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.
- 68 • gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutschland endlich
69 Einhaltung gebietet.
- 70 • die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.
- 71 • Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeitnehmer*in-
72 nenrechte

73 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die Bundesrepublik
74 Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen ähneln sich in vielen Nationalstaa-
75 ten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösungen suchen und diese Konzepte für sich erpro-
76 ben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitnehmer*innen auf der Welt teilen: menschenwürdige Arbeitsbedingun-
77 gen zu einer gerechten Bezahlung für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die
78 europäischen und auch die globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenverachtende
79 Arbeitsbedingungen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und bekämpft werden kann und
80 nicht zu sogenannten „guten Standortbedingungen“ verklärt werden. Daher muss das mittel- bis langfris-
81 tige Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik sein, unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und in-
82 ternational durchzusetzen. Bei diesem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Ge-
83 werkschaften unsere wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der
84 Grenzen von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

85

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung Landesparteirat 3.11.2018